Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 22. Juni 2026, 19.00 Uhr – 20.35 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	34 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und der Stadtschreiber, der Ratssekretär, die Ratssekretär-Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	Gemeinderatspräsident Christoph Mahler

Präsident klingelt.

Vizepräsident Marco Kronauer:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadt und Gemeinderat, liebe Besucherinnen und Besucher im Saal, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse, ich begrüsse Sie zur zweiten Gemeinderatssitzung in dieser Legislatur.

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollabnahme 8. Dezember 2025
3. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2025
4. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2025
5. Postulat Schaffung eines Fonds zur Stärkung von gemeinnützigem Wohnraum; Begründung
6. Postulat zum Gemeinschaftsraum in der Au; Bericht und Antrag auf Abschreibung
7. Einbürgerungsgeschäfte

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 16. Juni 2026 im Digitalen Amtsblatt Schweiz amtlich publiziert.

Gibt es Einwände gegen die Traktandenliste?

Das ist nicht der Fall.

1. Mitteilungen

1.1 Überweisungen
Keine.

1.2 Eingänge
Zu den Eingängen verweise ich auf das Protokoll (Evtl. zusätzliche Eingänge werden im Saal kommuniziert.)

- GR-Protokoll vom 8. Dezember 2025
- Jahresrechnung 2025, korrigierte Version vom 8. Mai 2026
- Geschäftsbericht 2025
- Bericht und Antrag zur Rechnung 2025 und zum Geschäftsbericht 2025 der Politischen Gemeinde Wädenswil
- Postulat Schaffung eines Fonds zur Stärkung von gemeinnützigem Wohnraum, Begründung
- Postulats zum Gemeinschaftsraum in der Au, Bericht und Antrag auf Abschreibung

1.3 Mitteilungen des Präsidenten
Keine.

0.5.1

2. Protokollabnahme

Gibt es Einwände gegen das Protokoll vom 8. Dezember 2025?
Keine.

Damit ist das Protokoll genehmigt.

0.10.5

3. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde für das Jahr 2025

Da das Eintreten auf die Jahresrechnung obligatorisch ist, entfällt die Eintrittsdebatte und wir kommen direkt zur Detailberatung.
Am Anfang gibt es eine Debatte über die gesamte Rechnung. Im Anschluss werden die einzelnen Abteilungen und zeitglich die zugehörigen FLAG-Teilprojekte behandelt.

Detailberatung:

Zur Rechnung als Ganzes hat der Präsident der GRPK Ulrich Reiter das Wort:

Ueli Reiter, Präsident GRPK:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, liebe Gäste. In Anbetracht der warmen Temperaturen, versuche ich mich heute wirklich kurz zu halten. Die Rechnung der Stadt Wädenswil steht im Zentrum der Debatte.

Für die Details verweise ich auf den Bericht und Antrag der GPK.

Am Donnerstag, 9. April, haben der zuständige Stadtrat Christoph Wolfer und Leiter Finanzen Stefan Müller die Rechnung 2025 der GRPK präsentiert. Vielen Dank an dieser Stelle allen Beteiligten für die Vorbereitung der Schlussrechnung sowie den Kollegen der GRPK für die Unterstützung in der Vorbereitung der heutigen Sitzung.

Mit den Wahlen des Stadt- und Gemeinderats am 12. April für die neue Legislatur, der Neukonstituierung am 4. Mai und der Umstellung der Gemeindesoftware mit dem zunächst unvollständigem Reporting war die Aufgabe der GRPK nicht ganz einfach, die Prüfung der Rechnung der Stadt sowie auch der OSW (Oberstufe Wädenswil) fristgerecht abzuschliessen.
An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus der Kommission für den zusätzlichen Einsatz.

Auch 2025 schliesst die Rechnung aufgrund der Sondereinflüsse wie im Vorjahr positiv ab. Um genau zu sein, resultiert ein Ertragsüberschuss von rund 12 Millionen Franken, welcher rund 2,3 Millionen besser ausfällt als budgetiert.
Wir können auf den ersten Blick davon ausgehen, dass finanziell alles im grünen Bereich ist. Aufgabe der GRPK ist es aber, genauer hinzusehen und allfällige Risiken und Lücken aufzuzeigen.
Nachdem im vergangenen Jahr viele Indikatoren positiv ausgefallen sind, wie zum Beispiel der Wegfall im kantonalen Finanzausgleich und ein höherer Selbstfinanzierungsgrad im Gesamthaushalt von 95 Prozent, haben 2025 verschiedene Entwicklungen dazu geführt, dass diese Werte nicht mehr erreicht wurden.
Unter anderem sank 2025 die Ertragskraft der natürlichen Personen gegenüber dem Vorjahr und auch gegenüber der kantonalen Entwicklung aufgrund des Anstiegs der Steuerkraft.
Dies führte dazu, dass die Stadt über das ganze Jahr wieder in den Finanzausgleich zurückgerutscht ist.
Grundsätzlich wurde dies zwar vom Stadtrat erwartet, jedoch nicht im effektiv eingetretenen Umfang.
Die Hintergründe dieser Entwicklung gilt es in den kommenden Monaten und Jahren zu evaluieren und zu beobachten.

Auf der Investitionsseite fallen die ausserordentlichen Geschäfte zum Zentrum Wädenswil und zur Ausgliederung der Frohmatt auf.

Die getätigten Vorinvestitionen gilt es in den kommenden Jahren einzuleiten, damit sich diese in zukünftigen positiven Erträgen wandeln.

Im Gebührenhaushalt ist die GRPK mit dem Vorgehen des Stadtrates nicht einverstanden und weist auch in der Detailbetrachtung darauf hin, dass rasche Reaktionen erwartet wird.

Ein weiterer Anstieg der Verschuldung ist aus Sicht der GRPK nicht angezeigt. Auch der Verwaltungsaufwand hat im vergangenen Jahr wieder zugenommen. Ein Vergleich von Budget und Rechnung auf Gesamtwerte ist jedoch nur bedingt aussagekräftig, da im Budget 2025 die Frohmatt noch als Abteilung enthielt. In der Rechnung 2025 dann aber nicht mehr. Betrachtet man die funktionelle Gliederung, fallen die gestiegenen Aufwendungen im Bereich Bildung und im Bereich Gesundheit auf.

Zusammen liegen die Aufwendungen hier rund 3,2 Millionen Franken über Budget.
Aus Sicht der GRPK soll das Augenmerk deshalb auf aussagekräftige Kennzahlen in den Abteilungen gelegt werden, um über die zugrunde liegenden Entwicklungen Auskunft geben und entsprechend reagieren zu können.

Zum Beispiel sind die Entwicklungen im Stellenplan, in der Analyse des personellen Bedarfs und den jährlichen Entwicklungen – insbesondere unter Einbezug von Springerinnen, Springern und temporären Mitarbeitenden – transparenter darzustellen. Dies würde allen helfen, ihre Aufgabe besser wahrzunehmen.

Die GRPK erwartet in der neuen Legislatur wesentliche Verbesserungen bezüglich Transparenz der Kennzahlen auf strategischer Ebene.

Nachdem die wir bereits im vergangenen Jahr entsprechende Schritte angemeldet haben, wird eine schnellere Umsetzung neuer Prozesse und Führungsprinzipien erwartet.
Der Stadtrat in seiner neuen Zusammensetzung ist deshalb aufgefordert, hier entsprechende Prioritäten zu setzen.

Bei den weiteren detaillierten Ausführungen verweise ich auf den Bericht und Antrag sowie auf die Beiträge der Kolleginnen und Kollegen der GRPK.

Danke, ich habe geschlossen.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Übrige Mitglieder der GRPK:

Beat Lüthi, GRPK, hat das Wort:

Beat Lüthi, GRPK:
Geschätzter Vizepräsident, werte Mitglieder der beiden Räte, sehr geehrte Anwesende.
Vieles hat Ueli Reiter schon zusammengefasst. Ich versuche mich deshalb entsprechend kurz zu fassen.

Im Vordergrund steht sicherlich das strukturelle Defizit. Mit 7,9 Millionen Franken sind wir wieder dort, wo wir zu Beginn der Legislatur standen. Damals betrug dieses 8,6 Millionen Franken. Die Absicht, das strukturelle Defizit während der Legislatur wenigstens massiv zu reduzieren, konnte auch im Schlussjahr nicht erreicht werden. Das ist sehr ernüchternd.

Das passt in eine Zeit, in der die öffentlichen Ausgaben stärker ansteigen als die Wirtschaftsleistung zunimmt. Ich erinnere daran, dass wir im Laufe der Legislatur den Steuerfuss nicht gesenkt, sondern um einen Prozentpunkt erhöht haben. Uns ist bewusst, dass die Sparanstrengungen, welche die Stadt unternommen hat, aufgrund der enormen Probleme bei der neuen Gemeindesoftware teilweise auf Eis gelegt wurden, weil auch das Controlling absorbiert war. Umso mehr erwartet die FDP/BFPW-Fraktion, dass diese Sparanstrengungen jetzt mit Hochdruck wieder aufgenommen werden – mit klaren Zielsetzungen und konsequenter Umsetzung, so unbequem dies manchmal auch sein mag.

Der Stadtrat setzt diese Woche die neuen Legislaturziele fest.

Es ist schön und wichtig, dass man auch über Ausgaben wirksamer Programme wie die Verschönerung des Zentrums diskutiert. Das ist sicherlich wichtig. Für uns ist aber ebenso wichtig, dass die vorhandenen knappen Mittel effizienter eingesetzt werden.
Der gleiche Output soll mit weniger Input erreicht werden. Insbesondere in der Verwaltung. Nicht für jede Stelle braucht es teure Akademiker, die dann wiederum alles sogenannt "professionalisieren" wollen und dafür zig neue Stellen schaffen.

Wir haben dies im letzten Jahr detailliert angeschaut. Wir hatten ein Stellenwachstum von 5,8 Prozent bei einem Bevölkerungswachstum von 4 Prozent.

In dieser Debatte haben wir verschiedene Inputs gegeben, wie man aus unserer Sicht die Verwaltung kostengünstiger und effizienter machen könnte.

Dazu braucht es den Mut, klare, messbare und nachvollziehbare Ziele für das Jahr 2027 und für die gesamte Legislatur festzulegen.

Voraussetzung dafür ist, dass man sich überhaupt solche Ziele setzt. Wer nämlich nicht weiss, wohin er gehen will, wird dort ganz sicher auch nicht ankommen.

Der zweite Punkt betrifft das Kontrollumfeld. Mehrfach fällt auf, dass in der Rechnung 2025 insbesondere Aufgaben, die als exogen gesteuert bezeichnet werden – also beispielsweise vom Kanton vorgegeben sind –, häufig nicht klar ausgewiesen werden. Fragt man nach, merkt man, dass die Abteilungen selber offenbar keine gute Übersicht haben. Da fehlt es an Tiefe und Breite eines angemessenen Controllings. Wir haben beispielsweise bei der Abteilung Gesellschaft nach den Ursachen gefragt, weshalb bei Betreuung und Pflege, bei Dienstleistungen durch Dritte, insbesondere bei der Spitex, der Aufwand statt eines budgetierten Rückgangs von 2 Prozent einen Anstieg um sage und schreibe 15 Prozent.

Man konnte uns das nicht sagen. Dafür sei offenbar eine vertiefte Analyse notwendig, die bisher nicht gemacht worden sei. Wir sprechen da nicht von einem kleinen Posten. Es handelt sich hier um einen Budgetposten von rund 10 Millionen Franken und damit um einen sehr grossen Teil des Gesamtbudgets. Selbst wenn diese Kosten vollständig und detailliert exogen vorgegeben und somit nicht steuerbar wären – was sicher nicht der Fall ist –, müssten sie trotzdem erklärbar sein und mit entsprechenden Kennzahlen sowie einem Monitoring begleitet werden.

Dazu fehlen an vielen Orten entsprechende Mechanismen und Kennzahlen. Das muss dringend verbessert werden. Bei der Erhebung einer guten Datenlage und automatisierter Analysen geht es nicht in erster Linie darum, der GRPK zusätzliche Daten zur Verfügung zu stellen. Vielmehr sollen Stadtrat und Abteilungsleitungen selbst systematisch aufbereitete Daten als Grundlage für ihr Handeln erhalten, damit eben nicht einfach nur verwaltet wird, sondern komplexe Tatbestände vorausschauend erkannt und Korrekturen vorgenommen werden können. Gerade hier wird die Digitalisierung überaus hilfreich sein.

Danke für die Aufmerksamkeit.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Danke schön.
Weitere Wortmeldungen von Mitgliedern der GRPK?
Andreas Jörger hat das Wort:

Andreas Jörger, GRPK:
Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, liebe Presse, geschätzte Besucher.

Ueli Reiter hat die Rechnung 2025 bereits recht umfassend zusammengefasst. Darum halte ich mich jetzt wirklich kurz.

Die Einnahmen und Ausgaben der Stadt entwickeln sich gemeinsam weiterhin nach oben. Das führt leider immer dazu, dass das strukturelle Defizit mit 7,9 Millionen nach wie vor sehr hoch bleibt. Das bedeutet auch, dass wir mehr ausgeben, als wir wirklich einnehmen – eine Entwicklung, die auf Dauer bedenklich ist. Das sieht man schliesslich auch an der erhöhten Nettoverschuldung im Gesamthaushalt, das heisst einer höheren Schuldenlast pro Einwohner.
Der Stadtrat hat sich in der vergangenen Legislaturperiode ein Ziel gesetzt, das strukturelle Defizit abzubauen und sogar auf null zu bringen.

Ich hoffe, dass dieses Ziel in der nun laufenden Legislaturperiode weiterhin bestehen bleibt und dann auch erreicht wird. Dazu sind aber erhebliche Anstrengungen des Stadtrats und der gesamten Verwaltung erforderlich. Ein konsequentes Stellenmanagement sowie Effizienzsteigerungen – wie Beat Lüthi schon sagte – sind daher unerlässlich.
Besten Dank.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Danke schön.
Weitere Wortmeldungen?
Simon Bass hat das Wort.

Simon Bass, GRPK:
Geschätzter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, geschätzte Presse, liebe Gäste.
Die Mitte-Fraktion nimmt mit grosser Genugtuung zur Kenntnis, dass die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von knapp 12 Millionen Franken abschliesst und somit das Budget übertrifft. Gleichzeitig hält sie fest, dass das erfreuliche Rechnungsergebnis nicht darüber hinwegtäuschen lässt, dass weiterhin strukturelle Herausforderungen bestehen.

Der Überschuss ist ein weiteres Mal zu einem wesentlichen Teil auf ausserordentliche Erträge und besondere Effekte zurückzuführen.

Der laufende Aufwand wächst nach wie vor stärker als die wiederkehrenden Erträge. Besondere Aufmerksamkeit verdienen zudem die Eigenwirtschaftsbetriebe.

Der Selbstfinanzierungsgrad liegt weiterhin im sogenannten problematischen bis gar deutlich ungenügenden Bereich, vor allem bei den Wasserwerken. Notwendige Investitionen müssen damit weiterhin zum Teil fremdfinanziert werden.

Aus Sicht der Mitte ist wichtig, dass die Gebührenhaushalte langfristig so ausgestaltet werden, dass sie selbsttragend sind und bleiben. Gebührenerhöhungen können nicht Jahr für Jahr hinausgeschoben werden, wenn zum Beispiel Wahlen anstehen oder dies unpopulär ist. Gerade im Wasser fordert deshalb die Mitte-Fraktion, dass Gebührenerhöhungen noch dieses Jahr, spätestens bis zum dritten Quartal, erfolgen.

Die Nettoverschuldung stieg in einem Jahr deutlich auf rund 32 Millionen Franken beziehungsweise 1'225 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Mit Blick auf zahlreiche anstehende Projekte müssen Investitionen insofern priorisiert und ihre Folgekosten konsequent berücksichtigt werden.

Besonders kritisch beurteilen wir die Entwicklung beim Personalbestand der Stadtverwaltung. Gemäss dem Bericht der GRPK ist der Stellenbestand in der vergangenen Legislaturperiode um über 35 Vollzeitstellen angewachsen. Auch 2025 hat der Personalbestand erneut zugenommen. Dieses Wachstum kann nicht dauerhaft die Antwort auf steigende Anforderungen sein. Die Mitte erwartet, dass der Stadtrat den Stellenplan wieder als wirksames Führungsinstrument nutzt – und zwar für alle Abteilungen –, Verwaltungsprozesse konsequent vereinfacht und die Chancen der Digitalisierung aktiv nutzt. Effizienzgewinne müssen künftig stärker dazu beitragen, zusätzliches Stellenwachstum zu bremsen.

Die Mitte wird der Jahresrechnung 2025 und dem Geschäftsbericht 2025 zustimmen.

Wir erwarten, dass die Kennzahl der strukturellen Effizienz weiterhin so konsequent verfolgt wird, wie sie in der letzten Legislatur eingeführt wurde, und dass die Reduktion dieser Kennzahl wieder als klares Ziel für die aktuelle Legislatur festgelegt wird.

Vielen Dank.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Danke schön.
Weitere Wortmeldungen von Mitgliedern der GRPK?

Peter Huber hat das Wort:

Peter Huber, GRPK:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, geschätzte restliche Anwesende:

Die Jahresrechnung schliesst deutlich besser ab als budgetiert. Das ist erfreulich und zeigt, dass die finanzielle Lage der Stadt im Moment stabil ist. Gleichzeitig möchten wir den guten Abschluss politisch einordnen:

Ein grosser Teil des positiven Ergebnisses ist ausserordentlich und beruht auf nicht wiederkehrenden Effekten.

Solche Erträge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wädenswil in den nächsten Jahren vor grossen Aufgaben steht: bei den Schulen und Betreuungseinrichtungen, bei der Infrastruktur, beim Klimaschutz, bei der Energieversorgung, beim bezahlbaren Wohnraum und im Sozialbereich.

Für die SP ist klar: Dieser Abschluss gibt der Stadt den nötigen Spielraum, um vorausschauend zu investieren und Leistungen zu sichern, die für die Bevölkerung wichtig sind.
Zudem ist es uns wichtig, im Sozialbereich die Kostenentwicklung genauer anzuschauen. Diese bleibt anspruchsvoll, auch wenn einzelne Positionen erfreulicher ausgefallen sind.

Gleichzeitig braucht es nach der Ausgliederung der Frohmatt weiterhin Transparenz. Zudem braucht es Kennzahlen für eine sorgfältige politische Kontrolle.

Die SP-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Stadtrat für ihre geleistete Arbeit.

Wir werden der Rechnung zustimmen, verbinden dies aber mit der Hoffnung, dass der finanzielle Spielraum verantwortungsvoll genutzt wird – für eine soziale, ökologische und lebenswerte Stadt.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Danke schön.
Weitere Wortmeldungen von Mitgliedern der GRPK?

Chris Tattersall hat das Wort.

Chris Tattersall, GRPK:
Geschätzte Mitglieder beider Räte, geschätzte Gäste
Ich denke, alles ist bereits gesagt. Die SVP-Fraktion wird die Rechnung unterstützen und wir machen uns auch Sorgen wegen dem strukturellen Defizit. Wir müssen sehen, wo das herkommt und es muss konkret angegangen werden.
Vielen Dank

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Danke schön.
Weitere Wortmeldungen von Mitgliedern der GRPK?
Keine weiteren Wortmeldungen. Vielen Dank an die Mitglieder der GRPK.

Dann hat nun der Stadtrat Finanzen, Martin Bislin das Wort:

Martin Bislin, Stadtrat Finanzen:
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Gemeinderäte, geschätzte Gäste und geschätzte Presse, heute darf ich zum ersten Mal als Finanzvorstand zur Jahresrechnung Stellung nehmen. Zuerst möchte ich mich im Namen des Stadtrates bei der GRPK für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Ich habe hier noch nicht viel dazu beigetragen, dennoch möchte ich aus Sicht des Stadtrates Bemerkungen zur Jahresrechnung machen.

Der Stadtrat teilt die Einschätzung, dass verschiedene Sondereffekte zum guten Rechnungsergebnis beigetragen haben. Gleichzeitig zeigt die Rechnung aber auch, dass die Budgetdisziplin insgesamt eingehalten wurde und der Stadtrat sowie die Verwaltung ihre Aufgaben erfüllen konnten.

Der Ertragsüberschuss von 12 Millionen Franken freut uns und stärkt das Eigenkapital weiter. Das brauchen wir als wichtige Grundlage für die Investitionen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden.

In diesem Jahr konnten wir zudem einen ausserordentlichen Ertrag von 7 Mio. erzielen.

Demgegenüber steigt das strukturelle Defizit im Steuerhaushalt von 5,3 auf 7,9 Millionen Franken. Der Stadtrat teilt auch die Einschätzung, dass diese strukturelle Finanzierungslücke weiterhin eine zentrale Herausforderung bleibt. Die Massnahmen, die bisher ergriffen wurden, reichen nicht aus, um das gewünschte Ziel vollständig zu erreichen. Entsprechend wird dies in der neuen Legislatur ein klarer Schwerpunkt sein. Die Steuereinnahmen sind gegenüber dem Rekordjahr 2024 zwar stabil geblieben. Gleichzeitig ist jedoch die Steuerkraft des Kantons Zürich – wie bereits erwähnt – angestiegen. Das hat dazu geführt, dass unsere Steuerkraft von 96,8 auf 91,9 Prozent des kantonalen Mittels gesunken ist. Damit sind wir wieder im Ressourcenausgleich. Ziel muss es jedoch sein, den Ressourcenausgleich mittelfristig und irgendwann auch nachhaltig wieder verlassen zu können.

Der Stadtrat nimmt auch die Hinweise zur Entwicklung des Personalbestandes ernst.

Gleichzeitig muss festgehalten werden, dass die Stadt in den vergangenen Jahren zusätzliche gesetzliche Aufgaben übernehmen musste. Ebenso ist die Bevölkerung gewachsen und es wurden bedeutende Projekte umgesetzt beziehungsweise werden weiterhin umgesetzt.

Die Entwicklung des Stellenbestandes kann deshalb nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss immer im Zusammenhang mit dem erweiterten Leistungsauftrag der Stadt gesehen werden.

Der Bericht der GRPK zeigt sowohl die Herausforderungen als auch die Stärken unserer Staatsfinanzen auf. Der Stadtrat nimmt diese kritischen Hinweise ernst.
Gleichzeitig dürfen wir aber festhalten, dass Wädenswil trotz der hohen Investitionstätigkeit, der anspruchsvollen Rahmenbedingungen und der wachsenden Aufgaben aus unserer Sicht weiterhin über eine solide finanzielle Basis verfügt. Auf dieser Basis wollen wir aufbauen.
Besten Dank.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank. Jetzt geht das Wort an die übrigen Mitglieder des Gemeinderates. Wünscht jemand das Wort?

Samuel Wehrli hat das Wort.

Samuel Wehrli, GP:
Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen von beiden Räten, geschätzte Gäste, geschätzte Presse. Ich möchte noch etwas zum Narrativ "strukturelles Defizit" sagen: Dank der Frage von Beat im letzten Jahr und der Antwort von Christoph habe ich etwas gelernt, das ist sehr erleuchtend gewesen.

Natürlich kann man über die Ausgabenseite diskutieren, denn wir haben ein strukturelles Defizit. Es gibt aber immer zwei Seiten – die Ausgaben- und die Einnahmenseite. Dabei hat sich gezeigt, dass wir weniger Steuern haben als unsere Peers. Dies ist das eine Tatsache. Das bedeutet, dass unsere Vergleichsgemeinden in einer ähnlichen Situation einen anderen Entscheid getroffen haben. Sie haben sich entschieden, die Steuern zu erhöhen, damit nicht jedes Jahr und bei jeder Rechnung und jeder Ausgabediskussion erneut darüber gesprochen werden muss, wie viel Geld ausgegeben wird. Sonst können wir, wenn einmal eine gute Idee – beispielsweise aus der Mitte – für eine Zentrumsentwicklung kommt, diese gar nicht umsetzen.

Wie gesagt: Man kann sich für oder gegen eine Steuererhöhung entscheiden. Aber es ist ein Entscheid, und dieser hat Auswirkungen. Zum Beispiel führt dies dazu, dass – wie wir heute in den Diskussionen gesehen haben – Geld immer das zentrale Thema ist.
Hiermit habe ich geschlossen zum Thema strukturelles Defizit.
Danke.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Übrige Mitglieder des Rats:
Keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen jetzt zu den einzelnen Abteilungen und gleichzeitig zu den FLAG-Teilprojekten.

1. Abteilung Präsidiales

Das Wort erhält das zuständige GRPK-Mitglied, **Andreas Muhheim**.

Andreas Muhheim, GRPK:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, geschätzte Presse, geschätzte Gäste. Innerhalb der GRPK haben wir vereinbart, dass jeweils jene Personen, welche während der ganzen Legislatur für eine Abteilung zuständig beziehungsweise verantwortlich waren, auch die Rechnung 2025 kommentieren. Für den Bereich Präsidiales waren dies Simon Bass und ich als Hauptverantwortlicher.

Am 6. Mai trafen sich die damaligen GRPK-Vertreter Beat Lüthi und Chris Tattersall mit Phillipp Kutter und Esther Ramirez. Bereits zu diesem Zeitpunkt nahmen auch Stadtpräsident Christoph Wolfer und Stadtschreiber Oliver Küng am Gespräch teil. Wie meine Kollegen bereits gesagt haben, verlief der Besuch angenehm.

Das wiederkehrende Thema war jedoch, inwiefern die Digitalisierung zur Steigerung der Effizienz in der Verwaltung und bei den entsprechenden Softwarelösungen beitragen kann. Hier scheint es noch weiteres Potenzial zu geben, das zwingend genutzt werden sollte. In diesem Zusammenhang – und das haben wir heute bereits mehrfach gehört – hat die GRPK auch gefordert, dass der Stellenplan im Geschäftsbericht ergänzt und auf Stufe Dienststellen ausgewiesen wird. Wie wir im Bericht und Antrag festgehalten haben, fehlen Personalkennzahlen, beispielsweise zur Fluktuationsrate oder zu den Abwesenheiten der einzelnen Abteilungen.

Des Weiteren möchte ich erwähnen, dass die GRPK vor Kurzem eine Geschäftsprüfung zur vor Jahren gewählten Gemeindesoftware durchgeführt hat. In einem kürzlich stattgefundenen Treffen wurden bereits verschiedene Punkte diskutiert. Offen bleiben jedoch Fragen zum Projektmanagement, zur Projektausschreibung sowie zur Modularität der Applikationen beziehungsweise wie diese besser kombiniert werden könnten. Dies soll im Laufe dieses Jahres weiter geklärt werden. Zur Verbesserung müssen wir alle unseren Beitrag leisten. Danke.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Gibt es weitere Wortmeldungen zur Abteilung Präsidiales?
Das scheint nicht der Fall zu sein.

2. Abteilung Finanzen

Dann kommen wir zur **Abteilung 2 – Finanzen**.

Das Wort hat das zuständige GRPK-Mitglied **Beat Lüthi**.

Beat Lüthi, GRPK:
Geschätzter Vizepräsident, werte Mitglieder beider Räte, sehr geehrte Anwesende.
Am 7. Mai waren Andreas Muhheim und Simon Bass bei der Abteilung Finanzen und Immobilien. Die GRPK dankt Martin Bislin, Stefan Müller und Frank Seboldt, welche sämtliche Fragen und Rückfragen zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet haben.

Die Abteilung Finanzen schliesst mit einem Aufwand von 6,2 Millionen Franken, einem Ertrag von 122,4 Millionen Franken und einem Nettoertrag von 116,3 Millionen Franken praktisch auf Budgetniveau ab. Dass die relative Steuerkraft um 5 Punkte auf 91,9 zurückgefallen ist, ist bedauerlich. Dies liegt kurzfristig zumindest weitgehend ausserhalb der Kontrolle des Stadtrates und der Verwaltung. (Langfristig können attraktive Standortbedingungen selbstverständlich dazu beitragen, die Steuerkraft wieder zu stärken. Aus meiner Sicht bestätigt dies jedoch nicht die früher vertretene Meinung, Steuerfusserhöhungen hätten keinen Einfluss.) Wir von der GRPK gehen aber gemeinsam mit dem Stadtrat davon aus, dass dieser Rückgang eher eine Gegenbewegung beziehungsweise Korrektur des aussergewöhnlich starken Anstiegs im Vorjahr darstellt. Wir glauben deshalb weiterhin, dass Wädenswil grundsätzlich über die Voraussetzungen verfügt, seine relative Steuerkraft wieder zu erhöhen. Das wäre auch für die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt wichtig.

Es ist somit wahrscheinlich, dass der Status als Nehmergemeinde im kantonalen Finanzausgleich mittelfristig wieder verlassen werden kann.

Die Finanzabteilung sollte zudem wesentlich dazu beitragen, die Effizienz innerhalb der Stadtverwaltung zu verbessern. Durch die erheblichen Probleme bei der Einführung der Gemeindesoftware war sie jedoch stark absorbiert und konnte sich ihren eigentlichen Kernaufgaben nur eingeschränkt widmen. Wir gehen davon aus, dass sich die Fachleute künftig wieder vermehrt um diese Kernaufgaben kümmern können, sobald die Probleme mit der Software nachlassen. In der Steuerabteilung fallen weiterhin hohe Ausgaben für Springerinnen und Springer sowie hohe Personalaufwendungen auf. Offenbar führte die Einführung der Software auch dort zu Problemen, sodass mit zusätzlichen personellen Ressourcen gearbeitet werden musste, um die vom Kanton vorgegebenen Fristen einhalten zu können.

Für mich erfreulich waren die gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenen Steuererträge der juristischen Personen. Die Hoffnung besteht dass sich diese Entwicklung auch künftig fortsetzt.

Im Bereich Immobilien des Finanzvermögens begrüsst die GRPK die Bestrebungen der Abteilung, die Führungskennzahlen zu erarbeiten oder weiter auszubauen. Die erstmals publizierte Berichterstattung ist ein Anfang. Wie bereits signalisiert, möchten wir hier jedoch noch weitergehen.

Die Vertreter der GRPK werden deshalb demnächst erneut das Gespräch mit der Abteilung suchen, um darauf aufzubauen.

Ich danke der Abteilung und dem zuständigen Stadtrat. Ich habe geschlossen.

Vizepräsident, Marco Kronauer:
Besten Dank.
Gibt es weitere Wortmeldungen zur Abteilung Finanzen?
Das scheint nicht so.

Dann kommen wir zur **Abteilung Planen und Bauen**

3. Abteilung Planen und Bauen

Das Wort hat das zuständige GRPK-Mitglied **Simon Bass**.

Simon Bass, GRPK:
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, geschätzte Presse
Ich gehe davon aus, dass der Bericht und Antrag der GRPK gelesen wurde und fasse mich deswegen kurz. Nicola Rasper und ich sind am 12. Mai 2026 bei der Abteilung Planen und Bauen für den Abteilungsbesuch vor Ort gewesen. Ich möchte mich herzlich für den konstruktiven Austausch und die offene Beantwortung unserer Fragen bei Stadträtin Astrid Furrer und bei Abteilungsleiter Dirk Göbels, und dem neuen Leiter Tiefbau Fritz Seewer bedanken.

Die Abteilung Planen und Bauen hat das Rechnungsjahr 2025 mit einem Nettoertrag von 10.3 Mio abgeschlossen und liegt damit rund eine Million unter dem Budget.

Erfreulich ist, dass sich die Kostenentwicklung nach der außergewöhnlichen Belastung im 2025 wieder stabilisiert hat und nun rund eine Million tiefer ausfällt im Vergleich zum Jahr 2024. Positiv ist auch die Entwicklung bei den Amtlichen Vermessungen, wo der Deckungsgrad auf 83% gesteigert werden konnte, das FLAG-Ziel von 85% sollte im 2026 erreichbar sein.

Beim Friedhofbetrieb sind die Kosten leicht gestiegen, unter anderem wegen notwendigen Baumunterhaltsarbeiten und weniger Bestattungen was zum Rückgang von Gebühreneinnahmen geführt hat. Mit den neuen Gebühren ab 2026 sollte sich der Kostendeckungsgrad wieder verbessern. Im Bereich Strassenunterhalt sind die Kosten stabil geblieben; allerdings wird die Kennzahl Aufwand pro Quadratmeter weiterhin nicht erreicht.

Die GRPK hat darum eine vertiefte Prüfung der Rechnungsgrundlage in Auftrag gegeben.
Bei der Abwasseranlage hat sich die Situation nach der Sonderbelastung im Vorjahr deutlich verbessert. Statt einer Entnahme konnte eine Nettoeinlage von rund 800'000 Franken in eine Spezialfinanzierung gemacht werden. Das ist wichtig, im Hinblick auf die grossen Investitionen, die in den kommenden Jahren anstehen.

Insgesamt zeigt die Rechnung eine Stabilisierung in der Abteilung Planen und Bauen. Trotzdem ist es wichtig, dass die Kennzahlen regelmässig überprüft werden. Wir von der GRPK sind daher im Austausch mit der Abteilung.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Gibt es weitere Wortmeldungen zur Abteilung Planen und Bauen?
Keine.

4. Abteilung Werke

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Das Wort hat das zuständige GRPK-Mitglied **Clemens Schroedter**.

Clemens Schroedter, **GRPK:**
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende.
Am 7. Mai waren wir bei den Werken und haben mit **Jonas, Martin** und **Rolf** und die offenen Fragen besprochen.

Zusätzlich zum Budget haben wir insbesondere den Umgang mit den anstehenden Baustellen besprochen. Mittlerweile haben wir die verbesserte Kommunikation hierzu auf der Webseite der Stadt Wädenswil gesehen. Vielen Dank dafür.

Nun zur Rechnung:
Wie im Bericht erwähnt, haben wir die angestrebte Spezialfinanzierung für Gas, welche die Stilllegung bereits beinhaltet, praktisch erreicht.

Eine genaue Überprüfung des benötigten Betrags wird dieses Jahr noch erfolgen.

Beim Wasser ist die überfällige Gebührenerhöhung auf spätestens den 1. Januar 2027 geplant.

Wir von der GRPK begrüssen, dass dies nun endlich angegangen wird.
Wir hätten uns allerdings ein etwas mutigeres und schnelleres Handeln gewünscht und sind – wie schon öfters erwähnt – der Meinung, dass dies bereits im dritten Quartal und nicht erst Ende Jahr erfolgen sollte.

Energie und Umwelt: Hier wünscht sich die GLP/EVP-Fraktion, dass die Ziele zur Reduktion der fossilen Energieträger für Wärme- und Treibhausgasemissionen ernster genommen werden.

Wir erhoffen uns hier eine Aufholung durch den Wärmeverbund. Gesamthaft können wir uns nur bei den Werken bedanken, wie bereits an den vorhergehenden Punkten erwähnt wurde.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Vielen Dank.
Gibt es weitere Wortmeldungen zur Abteilung Werke?
Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann kommen wir zur **Abteilung Gesellschaft**.

5. Abteilung Gesellschaft

Das Wort hat das zuständige GRPK-Mitglied **Nikolas Rasper**.

Nikolas Rasper, GRPK:
Vielen Dank, geschätzter Vizepräsident.
Als neuer Erstprüfer der Abteilung Gesellschaft möchte ich kurz das Wort ergreifen.

Chris Tattersall und Beat Lüthi haben die Abteilung Gesellschaft Anfangs Mai besucht.
Ich danke Daniel Danner und Reto Suter – dieser Dank ist nicht nur übernommen worden, sondern ich habe dies auch persönlich bestätigt erhalten – für die Diskussion und die Beantwortung unserer Fragen.

Zum Bericht und Antrag habe ich nichts zu ergänzen. Einzig zum Bereich Betreuung und Pflege wäre etwas zu erwähnen. Beat Lüthi hat in seinem Eingangsvotum jedoch bereits alle wesentlichen Punkte dazu ausgeführt.
Vielen Dank.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Vielen Dank.
Gibt es weitere Wortmeldungen zur Gesellschaft?
Das scheint nicht der Fall zu sein.
Dann kommen wir zu Punkt 6 Abteilung Primarschule.

6. Abteilung Primarschule

Das Wort hat das zuständige GRPK-Mitglied **Roman Schafflützel**.

Roman Schafflützel, GRPK:
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, sehr geehrte Mitglieder der Schulpflege und der -verwaltung, liebe Vertreter der Medien, geschätztes Publikum.

Am 4. Mai besuchten Roman Hermann und Peter Huber die Abteilung Primarschule.

Vertreten waren Pierre Rapazzo, der Charlotte Zysset, Mitglied der Schulpflege Mitglied Sachbereich Finanzen, Leitung Sachbereich Infrastruktur, Stefan Bättig, Leiter Bildung, sowie Stefan Siegrist, Leiter Finanzen der Primarschule Wädenswil. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Dreien für die Beantwortung unserer Fragen bedanken.

Die Primarschule macht mit einem Aufwand von rund 55 Millionen Franken ziemlich genau einen Viertel des städtischen Gesamtaufwandes aus.

Der Nettoaufwand lag bei 48,1 Millionen Franken, was rund 2,4 Millionen Franken beziehungsweise 5,8 Prozent über Budget liegt.

Beanstanden wollen wir die massive Kostenüberschreitung beim Konto 701 – Schulleitung.

Die Aufwandüberschreitung von rund 400'000 Franken wurde von der Abteilung nur mangelhaft erklärt. Die Begründung mit dem fehlenden Stellenplan hat die GRPK nicht überzeugt.

Aus meiner Sicht kann man hier durchaus von mangelnder Budgetdisziplin sprechen.

Bei einer Abteilung dieser Grösse sollte auch ohne Stellenplan der Überblick gewahrt werden können. Die Aufwandüberschreitung überschreitet zudem die Kompetenz der Schulpflege und des gesamten Stadtrates. Die GRPK erwartet deshalb vom Stadtrat ein wirksames Personalcontrolling.

Im Kerngeschäft resultiert die Abteilung mit einem Nettoaufwand von 22,5 Millionen Franken

eine Budgetüberschreitung von lediglich rund 150'000 Franken. Was bei der Grösse dieser Position und der Komplexität dieser Materie als Punktlandung bezeichnet werden kann.

Ein Sorgenkind bleibt weiterhin die schulergänzende Betreuung. Auffallend ist, dass zwar der Aufwand rückläufig war, der Ertrag jedoch noch stärker zurückging. Dadurch resultierte ein Nettoaufwand von 1,6 Millionen Franken, rund 400'000 Franken über Budget. Die GRPK erwartet deshalb, dass der Stadtrat diese Entwicklung analysiert und entsprechende Massnahmen einleitet.

Für weitere Ausführungen zur Abteilung verweise ich auf den Bericht und Antrag der GRPK. Ich gehe davon aus, der wurde gelesen.

Ich möchte noch ganz kurz eine Replik auf das vorher Gesagte machen.
Betreffend Vergleichsgemeinden habe ich dies kurz recherchiert:
Horgen: 24'500 Einwohner, Steuerfuss 90%.
Thalwil: 18'800 Einwohner, Steuerfuss 78%.
Richterswil: zwar wesentlich kleiner, aber von der Lage her durchaus vergleichbar, 14'500 Einwohner, Steuerfuss 99%.
Wädenswil: 26'000 Einwohner, Steuerfuss 102%.

Man kann also – je nachdem, welche Vergleichsgemeinden man auswählt – zum einen oder anderen Schluss kommen.
Ich vergleiche mich mit dem Bezirk.
Gut. Ich habe geschlossen.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Gut, besten Dank, Roman, noch für deinen Exkurs.

Gibt es Wortmeldungen dazu?
Das Wort hat Christoph Wolfer.

Christoph Wolfer, Stadtpräsident:
Ich möchte noch kurz zum Exkurs betreffend Vergleichsgemeinden Stellung nehmen.

Wir haben klar definierte Vergleichsgemeinden. Das sind Gemeinden über 20'000 Einwohner, die sich im Finanzausgleich befinden.

Wenn Gemeinden wie Horgen oder Thalwil eine höhere Steuerkraft haben, ist es logisch, dass sie einen tieferen Steuerfuss haben können. Das ist ein einfaches Eins-mal-eins und bringt uns im Vergleich nicht weiter. Vergleichen wollen wir vielmehr die Ausgabenseite. Und auf der Ausgabenseite haben wir ein Problem. Dort sehen wir klar, dass wir – verglichen mit unseren Vergleichsgemeinden – höhere Ausgaben haben.

Dass wir eine etwas tiefere Steuerkraft als andere Gemeinden im Bezirk haben, ist eine Tatsache. Darüber können wir selbstverständlich diskutieren. Ich kann den Stadtrat aber nicht einfach von hinten nach vorne beurteilen. Darum sind die Vergleiche, die du gemacht hast, aus meiner Sicht nicht zulässig.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Gibt es Wortmeldungen dazu?
Pierre Rapazzo hat das Wort.

Pierre Rapazzo, Schulpräsident:
Besten Dank, Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende. Ich möchte kurz auf den GRPK-Bericht eingehen. Seit ich im Jahr 2022 zum Schulpräsidenten gewählt wurde, habe ich gemeinsam mit dem Gemeinderat, dem Stadtrat, der Schulpflege und dem Schulpersonal beschlossen, die Kosten der Schule auf dem Niveau von 2021 zu indexieren. Der Index ist bewusst einfach gehalten. Er berücksichtigt lediglich das Schülerwachstum und die Teuerung. Bis 2025 ergibt dies insgesamt rund 115 Prozent, nämlich rund 7 Prozent Schülerwachstum und 8 Prozent Inflation. Man könnte diesen Index selbstverständlich wesentlich komplexer ausgestalten. Beispielsweise hatten wir im Bereich Betreuung ein deutlich höheres Wachstum. Darauf verzichten wir bewusst, um den Vergleich einfach zu halten. An diesen Vorgaben haben wir uns während der vergangenen Legislatur konsequent orientiert. Ich danke allen Beteiligten dafür.

Besonders erfreulich ist, dass Klassenlehrpersonen heute mit weniger Ressourcen auskommen. Wenn man bedenkt, dass genau diese Gruppe vor fünf Jahren noch grosse Unzufriedenheit geäussert hatte und dies in einem 15-seitigen offenen Brief festgehalten wurde, ist es bemerkenswert, dass die Lehrpersonen heute diesen Index mittragen. Nur dank dem grossen Einsatz des Schulpersonals konnten wir diese Entwicklung erreichen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich beim gesamten Schulpersonal bedanken.

Der Index 2021 gilt für alle Bereiche, in denen ich die operative Verantwortung und das Weisungsrecht habe. Aus diesem Grund habe ich die Schulverwaltung ausdrücklich ausgenom-

men. Sie ist der Stadtschreiberin unterstellt. Seit zwei Jahren befindet sich diese Organisationseinheit in einer Neuorganisation. Dort liegt die Verantwortung deshalb nicht bei mir. Nicht, weil ich mich davor drücken möchte oder nicht weiss, worum es geht, sondern weil dort andere Personen das Weisungsrecht besitzen. Das wollte ich zur Zuständigkeit klarstellen.

Zur Rechnung 2025 möchte ich noch sagen:
Die Pädagogik liegt insgesamt rund 800'000 Franken unter dem Index 2021, obwohl einzelne Positionen – wie Roman bereits erwähnt hat – über Budget liegen. Wären die Kosten seit 2021 im gleichen Umfang weitergestiegen, lägen wir heute nicht 800'000 Franken unter dem Index, sondern rund 2 Millionen Franken darüber. Das entspricht einer Differenz von rund 3 Millionen Franken pro Jahr. Noch ein kurzer Hinweis zur Kritik am Konto Schulleitung.

Ich danke Roman Hermann und Peter Huber für die Berichterstattung sowie Roman Schafflützel für sein persönliches Votum.

Zur Schulleitung möchte ich ergänzen:
Es wurden keine zusätzlichen Stellen geschaffen. Vielmehr wurden Stellen reduziert.

Die Differenz gegenüber 2024 erklärt sich nicht allein durch eine Ausweitung der Schulleitung, sondern auch dadurch, dass einzelne Stellen im Jahr 2024 tiefer besetzt waren.

Die Forderung der GPK, die Ressourcenplanung früher und genauer vorzunehmen, erfüllen wir bereits heute. Diese erfolgt im Rahmen der Schulraumplanung sowie der Klassenplanung und fliesst auch in die Budgetierung ein. Kurzfristige Veränderungen, insbesondere bei externen Gegebenheiten, lassen sich jedoch nicht vollständig planen und wirken sich entsprechend auf die Rechnung aus.
Vielen Dank.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank, Pierre Rapazzo.
Christoph Wolfer hat noch einen kurzen Nachsatz.

Christoph Wolfer, Stadtpräsident:
In unserer Verwaltungsorganisation ist stets die Abteilungsleitung für die gesamte Abteilung verantwortlich. Sie kann sich nicht auf einzelne Bereiche beschränken.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank, Christoph.
Gibt es weitere Wortmeldungen zur Abteilung Primarschule?
Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann kommen wir zur **Abteilung Soziales**.

7. Abteilung Soziales

Das Wort hat das zuständige GRPK-Mitglied **Chris Tattersall**.

Chris Tattersall, GRPK:
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste. [Nicht verständlich]

Vorerst ist festzuhalten, dass die Rechnung 2025 durch eine einmalige Rückerstattung von Versorgertaxen in der Höhe von 5,4 Millionen Franken beeinflusst wird.

Bereinigt um diesen Sondereffekt beläuft sich der Nettoaufwand der Abteilung Soziales auf 25,1 Millionen Franken.

Damit liegt dieser rund 1 Million Franken über Budget und 1,3 Millionen Franken beziehungsweise fast 6 Prozent über dem Vorjahr.

Auffällig ist insbesondere die Entwicklung beim Personalaufwand. Gleichzeitig sind auch die Kosten für externe Springer gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen.

Diese Entwicklung ist sowohl finanziell als auch finanzpolitisch anspruchsvoll.

Die Fallzahlen bewegen sich weiterhin auf einem hohen Niveau. Im Jahr 2025 wurden 826 KESB-relevante Fälle ausgewiesen. Unter Einbezug der administrativen Fälle liegt die tatsächliche operative Belastung sogar bei über 900 Fällen. Um diese Entwicklung besser beurteilen zu können, erwartet die GRPK eine transparentere Berichterstattung mit aussagekräftigen Kennzahlen. Insbesondere im Bereich Erwachsenenschutz besteht Verbesserungsbedarf.

Die Kostenentwicklung soll künftig nachvollziehbar dargestellt werden und nicht lediglich die Entwicklung der Fallzahlen. Positiv zu erwähnen sind die Arbeiten zur Digitalisierung und zur Stabilisierung der Arbeitsprozesse. Diese schaffen Grundlagen für effizientere Abläufe und eine höhere Qualität. Entscheidend wird jedoch sein, dass diese Verbesserungen künftig auch messbare Resultate ermöglichen.

Zusammenfassend beantragt die GRPK, den Arbeiten zur Kostentransparenz, zur besseren Steuerung des Bereichs sowie zur nachhaltigen Entwicklung des Personalbestands und der Springerkosten besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Nur mit klaren Kennzahlen, einer nachvollziehbaren Berichterstattung und ausreichender Transparenz wird dies möglich.

Dies ermöglicht den politischen Entscheidungsträgern einen sachgerechten und faktenbasierten Entscheid über den Rechnungsabschluss.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank, Christoph.
Gibt es weitere Wortmeldungen zur Abteilung Soziales?
Das ist nicht der Fall.
In diesem Fall kommen wir zur Investitionsrechnung.

Das Wort dazu hat das GRPK-Mitglied Clemens Schroedter.

8. Investitionsrechnung

Clemens Schroedter, GRPK:
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende, die Investitionen wurden in den jeweiligen Abteilungen geprüft.

In der Rechnung selbst, lässt sich jedoch leider nicht mehr erkennen, weshalb einzelne Projekte günstiger oder teurer ausgefallen sind.

Die GRPK erachtet die Darstellung der Investitionsrechnung als unübersichtlich und gegenüber den Darstellungen bei den einzelnen Abteilungen als nicht nachvollziehbar.

Wir sollten uns darüber unterhalten, wie man die Darstellung transparenter machen kann.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Gibt es Wortmeldungen zur Investitionsrechnung?
Das scheint nicht der Fall zu sein.

Da alle Abteilungen nun behandelt sind, können wir zur Abstimmung über die Jahresrechnung der politischen Gemeinde Wädenswil 2025 kommen:

Ich verlese den **Antrag** der GRPK:
«Die einstimmige GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig, die Jahresrechnung 2025 sowie die Globalkredite mit Berichten der FLAG-Teilprojekte der politischen Gemeinde Wädenswil zu genehmigen.»

Gibt es weitere Anträge?
Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir nun zur **Abstimmung**:

Wer dem Antrag auf Genehmigung zustimmt, soll dies mit Handerheben bekunden.

Wer diesen Antrag ablehnt, soll dies mit Handerheben bekunden.

Gibt es Enthaltungen?

Der Rat genehmigt die Jahresrechnung 2025 sowie die Globalkredite mit Berichten der FLAG-Teilprojekte der politischen Gemeinde Wädenswil einstimmig.

0.11.3.3

4. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2025

Auch bei diesem Geschäft ist das Eintreten obligatorisch und wir kommen direkt zur Detailberatung.

Detailberatung:

Präsident der GRPK, Ulrich Reiter

Ulrich Reiter, GRPK:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte.
Ich halte mich hier kurz. In der Vorbereitung auf dieses Traktandum haben wir nochmals intensiv darüber diskutiert, was eigentlich mit den entsprechenden Korrekturen, die wir angebracht hatten, gemeint war.

Im Geschäftsbericht betrifft dies insbesondere die Tabellen mit den verschiedenen Kennzahlen. Diese sind teilweise schwer nachvollziehbar und sollten aus Sicht der GRPK überarbeitet werden. Im Bereich Soziales ist auch die entsprechende Tabelle zu überarbeiten.

Dies führt jedoch nicht dazu, dass wir den Geschäftsbericht grundsätzlich nicht genehmigen würden. Die GRPK beantragt deshalb einstimmig, den Geschäftsbericht der politischen Gemeinde zu genehmigen.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Nun haben auch an die übrigen Mitglieder der GRPK das Wort.

Peter Huber hat das Wort.

Peter Huber, GRPK:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, geschätzte Anwesende.
Besten Dank allen Verantwortlichen für den Geschäftsbericht. Vor allem bedanke ich mich für die schnellen Korrekturen. Die neue Version, die wir erhalten haben, konnte ich nicht mehr vollständig kontrollieren, aber viele der Korrekturen wurden bereits umgesetzt.

Der Geschäftsbericht zeigt deutlich auf, wo politischer Handlungsbedarf besteht und wo dieser weiterhin gross ist. Stadtpräsident Christoph Wolfer hat im Bericht den Wohnungsmarkt als eines der besonders betroffenen Themen erwähnt. Trotzdem erscheint dieses Thema nicht als übergeordnete strategische Zielsetzung mit entsprechenden vorgesehenen Massnahmen.

Bezahlbarer Wohnraum ist und bleibt jedoch eine zentrale Stadtentwicklungsfrage.

Die SP-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht zustimmend zur Kenntnis. Wir hoffen aber, dass künftig auch die Problematik des gemeinnützigen Wohnraums deutlicher sichtbar gemacht wird.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Gibt es weitere Wortmeldungen aus der GRPK?
Keine.

In diesem Fall hat der Stadtrat, Christof Wolfer das Wort.

Christof Wolfer, Stadtpräsident:
Der Stadtrat verzichtet auf eine Stellungnahme.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat?
Das scheint nicht der Fall zu sein.

Ich verlese den **Antrag** der GRPK:
«Die GRPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig, den Geschäftsbericht der politischen Gemeinde Wädenswil mit den entsprechenden Korrekturen für das Jahr 2025 zu genehmigen.»

Gibt es weitere Anträge?
Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir nun zur **Abstimmung**:
Wer dem Antrag auf Genehmigung zustimmt, soll dies mit Handerheben bekunden.

Wer stimmt gegen diesen Antrag?

Gibt es Enthaltungen?

Der Rat genehmigt den Geschäftsbericht der politischen Gemeinde Wädenswil mit den entsprechenden Korrekturen für das Jahr 2025 einstimmig.

0.5.4

5. Postulat betreffend Schaffung eines Fonds zur Stärkung von gemeinnützigem Wohnraum; Begründung

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Das Wort zur Begründung hat Peter Huber, SP.

Peter Huber, SP:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, geschätzte Gäste.
Wir laden den Stadtrat mit diesem Postulat ein zu prüfen, wie in Wädenswil ein kommunaler Fonds zur Stärkung, zum Erhalt und zur Förderung des gemeinnützigen Wohnraums geschaffen werden kann. Dies ist bekannt; auch in Wädenswil wird es für viele Haushalte schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Dies betrifft Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen, aber auch Personen, die hier aufgewachsen sind, hier arbeiten und in Wädenswil bleiben möchten. Wenn günstige Bestandeswohnungen verschwinden und durch deutlich teurere Neubauwohnungen ersetzt werden, werden häufig Menschen aus der Stadt verdrängt. Wädenswil verliert dadurch seine soziale Durchmischung.

Der Stadtrat soll deshalb prüfen, wie Wädenswil ein rechtlich sauberes und finanzpolitisch tragfähiges Instrument schaffen kann, um gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnraum langfristig zu erhalten.

Besonders wichtig ist dabei die kantonale Grundlage. Das Zürcher Gesetz über Wohnbau- und Wohneigentumsförderung sieht ausdrücklich vor, dass Staat und Gemeinden die Bereitstellung preisgünstiger Mietwohnungen für Personen mit niedrigem Einkommen fördern können. Die Gemeinden können kommunale Fonds zur Bereitstellung zinsgünstiger Mietwohnungen schaffen. Aus solchen Fonds können Beiträge oder zinsgünstige Darlehen ausgerichtet werden, beispielsweise für den Erwerb von Grundstücken sowie für den Bau oder Erwerb von Mietwohnungen. Rückzahlungen und Zinserträge fliessen wiederum in den Fonds zurück.

Die Gemeinden regeln die Voraussetzungen für Beiträge und Darlehen selbst. Natürlich müssen dabei zentrale Fragen geprüft werden. Wie kann sichergestellt werden, dass die Mittel tatsächlich dem preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnungsbau zugutekommen? Wie werden Beiträge kontrolliert? Wie weit ist ein solches Vorgehen für Wädenswil überhaupt möglich?

Gerade deshalb ist ein Postulat das richtige Instrument.

Wir verlangen nicht bereits eine konkrete Lösung, sondern eine sorgfältige Prüfung und Positionierung.

Naheliegend ist auch ein Blick auf die Grundstücksgewinnsteuer. Wenn auf dem Bodenmarkt hohe private Gewinne realisiert werden, erscheint es politisch sinnvoll zu prüfen, ob

die Stadt in solchen Jahren einen Teil ihres finanziellen Spielraums nutzen kann, um bezahlbaren Wohnraum dauerhaft zu sichern. Wir möchten, dass der Stadtrat aufzeigt, wie eine solche Lösung finanzrechtlich korrekt und politisch sinnvoll ausgestaltet werden könnte.

Ein Blick nach Bern zeigt, dass ein solcher Fonds keine theoretische Idee ist.
Die Stadt Bern führt seit Langem einen Fonds zur Förderung der Wohnraumpolitik, mit welchem Grundstücke und gemeinnütziger Wohnungsbau unterstützt werden.

Auch in Winterthur wird derzeit eine Verordnung über Darlehen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnraums behandelt und die Einrichtung eines entsprechenden Fonds geprüft.
Ich bitte den Rat deshalb, dieses Postulat zu überweisen.
Angesichts der Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt ist es wichtig, dass wir diese Entwicklung aktiv mitgestalten.
Die zentrale Frage lautet:
Verdrängen wir weiterhin Menschen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, aus Wädenswil – oder verteidigen wir eine sozial durchmischte, lebendige Stadt?
Besten Dank.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank. Das Wort hat Stadtrat Finanzen, Martin Bislin.

Martin Bislin, Stadtrat Finanzen:
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrter Gemeinderat, lieber Stadtrat, liebe Presse
Der Stadtrat nimmt das Postulat nicht entgegen. Wir anerkennen das Anliegen von bezahlbarem Wohnraum. Das beschäftigt in der Tat alle von Links nach Rechts, aus meiner Sicht. Wegen der aktuellen Finanzlage der Stadt können und möchten wir jedoch keine zusätzlichen Fonds schaffen. Die Erträge aus Grundstückgewinnsteuer brauchen wir heute, um den Haushalt zu stabilisieren, Schulden abzubauen und das strukturelle Defizit zu begrenzen. Davon profitiert letztlich die gesamte Bevölkerung.

Zudem müssen wir beim Erwerb von Land vorsichtig sein. Grundstücke binden Kapital, und wenn sie später strategisch nicht mehr passen, lassen sie sich nicht ohne Weiteres wieder veräussern, die Bodeninitiative lässt grüssen.

Der Stadtrat möchte deshalb seine finanzielle Flexibilität beibehalten und die Mittel weiterhin im ordentlichen Budgetprozess einsetzen.

Aus diesen Gründen lehnt der Stadtrat das Postulat ab.

Als weitere Anmerkung möchte ich erwähnen, dass wir bereits eine Volksinitiative erwarten, mit welcher wir uns demnächst befassen werden , wenn die Initianten die nötigen Unterschriften einreichen werden.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank, Martin.
Da der Stadtrat das Postulat nicht entgegennehmen möchte, ist die Diskussion automatisch eröffnet.

Wer wünscht das Wort?

Corinna Martinelli, SP
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat, liebe Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie liebe Besucherinnen und Besucher.
Letzte Woche erhielt ich im Rahmen meiner Arbeit einen Anruf von einer älteren Dame. Dieser Anruf ist symptomatisch für die aktuelle Situation in Wädenswil. Die Frau ist über 80 Jahre alt und verliert per Ende September ihre Wohnung. Leider musste ich ihr sagen, dass aktuell keine bezahlbare Wohnung für sie zur Verfügung steht. Solche Geschichten berühren mich zutiefst, und ich schäme mich dafür, dass wir als Stadt keine Lösungen bieten können. Wir alle wissen: Das ist ein altes Problem.

Das Wohnbauförderungsgesetz des Kantons Zürich vom 7. Juni 2004 hält ausdrücklich fest:
Der Staat und die Gemeinden fördern die Bereitstellung preisgünstiger Mietwohnungen für Personen mit geringem Einkommen und Vermögen, soweit ein Mangel besteht.
Bis heute hat der Staat von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch gemacht, und offensichtlich wird er dies auch künftig nicht tun.

Herr Stadtrat Bislin, Ihre Partei hat vor Kurzem eine Petition **«Bezahlbarer Wohnraum für Wädenswil, jetzt handeln»** lanciert.
Es ist erfreulich, dass nun auch Ihre Partei dieses Problem erkannt hat. Unser Postulat ist ein erster konkreter Schritt zur Lösung genau jener Probleme, welche Ihre Partei in ihrer Petition beschreibt. Ich leite daraus ab, dass wir dieselben Ziele verfolgen. Ich möchte nochmals betonen: Unser Postulat schlägt lediglich die Prüfung eines vom Kanton ausdrücklich vorgesehenen Instruments – nämlich die mögliche Schaffung eines Fonds zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, vor. Nicht mehr und nicht weniger.

Herr Stadtrat Bislin, nehmen Sie dieses Postulat bitte entgegen. Nutzen Sie die Chance, dieses Instrument zu prüfen. Vielleicht kann es künftig Teil einer Lösung sein und uns den Zielen Ihrer eigenen Petition näherbringen. Zeigen Sie uns, dass diese Stadt gewillt ist das Problem anzugehen und sie die grosse Sorge der Bevölkerung hört und bereit ist, alles in Ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die Situation zu verbessern.
Diesen politischen Willen vermisse ich bis heute.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Als Nächster hat das Wort Roman Schafflützel.

Roman Schafflützel (FDP):
Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, geschätzte Anwesende.
Die FDP/BFPW-Fraktion lehnt das Postulat zur Schaffung eines Fonds für den gemeinnützigen Wohnungsbau klar ab.
Die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich – und notabene auch jene von Wädenswil – hat vor rund zwei Wochen eine vergleichbare Vorlage mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.
Für uns ist klar: Eine Mehrheit der Bevölkerung will keine zusätzlichen staatlichen Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Gefragt sind vielmehr bessere Rahmenbedingungen:

weniger einschränkende Regulierungen, schnellere Bewilligungsverfahren und weniger Verzögerungen bei Bauprojekten.

Die Linke gibt sich Mühe, den angeblichen spekulativen Charakter des Wohnungsmarktes anzuprangern. Gleichzeitig fordert sie aber, dass der Staat beziehungsweise die Stadt selber als Immobilienkäuferin auftritt und mit öffentlichen Mitteln zusätzliche Nachfrage schafft. Wie sich dies preisdämpfend auswirken soll, erschliesst sich uns nicht.
Würde ein solcher Fonds trotz aller Unkenrufe trotzdem ins Leben gerufen, hätte zudem zusätzliche Verwaltungsaufgaben zur Folge. Denn es müsste ja irgendwer entscheiden, wer überhaupt Anspruch auf entsprechende Fördermittel hätte. Unabhängig davon blendet das Postulat die finanzpolitische Realität der Stadt aus. Die finanzielle Situation wurde heute ausführlich diskutiert, als wir die Rechnung abgenommen haben. Einen zusätzlichen finanzpolitischen Spielraum konnten wir dabei nicht ausmachen.
Ausser, man würde auf das Votum von Samuel Wehrli eingehen und die Steuern erhöhen, dann könnte man sich solche Extravaganzen leisten. Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht unserer Fraktion nicht verantwortungsvoll, neue finanzpolitische Begehrlichkeiten zu schaffen. Der Stadtrat sollte seine Zeit nicht darauf verwenden, neue, bis her nicht bekannte Kässeli zu suchen. Vielmehr soll er sich dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen zu verbessern – sprich: effizientere Bewilligungsverfahren und die Mobilisierung privater Investitionen.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank Roman.
Gibt es weitere Wortmeldungen?
Samuel Wehrli hat das Wort.

Samuel Wehrli, GP
Besten Dank, ich möchte mich hierzu äussern. Einerseits finde ich es frappant; die stattfindende Diskussion wie auch das Votum von dir Martin, das aufzeigt, was ich am Anfang gesagt habe. Zweitens ist es bekannt, was du gesagt hast, Roman, «Extravaganz»; wir haben uns entschieden, tiefere Steuern zu haben und können es uns deshalb nicht leisten etwas für Menschen mit wenig Geld haben, etwas zu unternehmen, das als «Extravaganz» zu bezeichnen da stehen mir die Haare zu Berg. Das ist meine persönliche Meinung. Man kann unterschiedlicher Meinung sein.

Grundsätzlich sind die Grünen für die Überweisung dieses Postulats. Ich möchte aber noch etwas anderes anführen. Ich glaube, ein wichtiger Auftrag der Politik ist, dass wir dafür sorgen, dass die Menschen Wohnungen finden können.
Ich glaube, das ist zurzeit in der Schweiz und insbesondere im Raum Zürich ein Thema, das links und rechts gleichermassen beschäftigt. Wir müssen politisch gemeinsam Lösungen suchen.
Es nützt nichts, wenn wir nur ideologische Grundsatzdebatten führen.
Ich würde deshalb anregen, ähnlich wie wir eine Klimagruppe haben, vielleicht auch einmal eine Wohngruppe zu bilden. Wenn jemand mitmachen möchte – ich wäre dabei.
Von links bis rechts.Ich glaube, wir haben bereits einen Konsens darüber, dass ein Problem besteht. Das ist schon mal eine gute Ausgangslage.
Besten Dank.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Gibt es weitere Wortmeldungen?
Simon Bass.

Simon Bass, Die Mitte:
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, geschätzte Presse, liebe Gäste.
Die Mitte-Fraktion nimmt den Vorschlag der SP-Fraktion zur Schaffung eines Wohnfonds zur Kenntnis.

Das Thema Wohnen beschäftigt viele Menschen und nahezu alle Parteien in Wädenswil. Unsere Stadt wächst. Die Nachfrage nach Wohnraum bleibt hoch.

Die wunderschöne, zentrale Lage Lage führt seit Jahren zu einem zunehmenden Druck auf den Wohnungsmarkt.

Gerade Familien, junge Erwachsene, Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger, sowie Menschen mit tieferen Einkommen spüren die steigenden Wohnkosten deutlich. Die Frage, wie wir auch künftig ein vielfältiges Wohnangebot in Wädenswil sicherstellen können, ist deshalb richtig und wichtig. Wir anerkennen, dass dieses Postulat auf eine reale Herausforderung aufmerksam macht. Es ist nachvollziehbar, dass nach Möglichkeiten gesucht wird, langfristig mehr günstige Wohnungen zu schaffen.

Auch die Mitte hat sich bereits mit verschiedenen Vorschlägen und Vorstössen zu diesem Thema engagiert. Ebenso teilen wir die Auffassung, dass Genossenschaften einen wertvollen Beitrag zur Wohnraumversorgung leisten. Sie sind ein wichtiger Bestandteil eines ausgewogenen Wohnungsmarktes und verdienen gute Rahmenbedingungen.
Dennoch kommt die Mitte-Fraktion zum Schluss, dass ein Wohnfonds nicht das richtige Instrument ist.

Ein städtischer Wohnfonds bindet erhebliche finanzielle Mittel. Hinzu kommen zahlreiche Fragen:
Wer entscheidet nach welchen Kriterien? Für welche Projekte werden Mittel gesprochen? Wie wird sichergestellt, dass öffentliche Gelder effizient eingesetzt werden? Welche Kontroll- und Steuerungsmechanismen sind vorgesehen?

Aus Sicht der Mitte sind das praktisch die Aufgaben von Wohngenossenschaften. Also überlassen wir das Feld besser den Bisherigen, wie zum Beispiel der Wohnbaugenossenschaft Wädenswil und sorgen für bessere Rahmenbedingungen für diese Genossenschaft. Die Mitte ist überzeugt, dass nachhaltige Lösungen dort entstehen, wo öffentliche Hand, private Akteure und Genossenschaften gemeinsam Verantwortung übernehmen. Aus diesen Gründen lehnt die Mitte-Fraktion die Überweisung des Postulats ab. Wir anerkennen das Anliegen. Der vorgeschlagene Weg führt aus unserer Sicht jedoch nicht zum Ziel.

Gleichzeitig erwarten wir vom Stadtrat, dass er die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt aufmerksam verfolgt und geeignete Möglichkeiten zur Förderung von günstigem Wohnraum

aktiv prüft. Dabei soll insbesondere auch die geeigneter Flächen im Baurecht an gemeinnützige Bauträger abgegeben werden um langfristig günstigen Wohnraum zu schaffen.
Besten Dank.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Gibt es weitere Wortmeldungen?
Patrick Reust hat das Wort.

Patrick Reust, SP
Geschätzter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende.
Mieten werden teurer. Das hat damit zu tun, dass sich der Besitz von Mietwohnungen in hohem Tempo von Privaten und von kleinen Unternehmen zu grossen Immobiliengesellschaften verlagert.
Diese Gesellschaften kaufen möglichst viele Liegenschaften auf, um höhere Renditen zu erzielen. Eine Folge davon ist, dass immer mehr Wohnungen umfassend saniert werden.
Rund um den Zürichsee geschieht dies inzwischen fast monatlich. Nicht wenige Wädenswilerinnen und Wädenswiler haben Angst, dass sie ihre Heimat am Zürisee verlassen müssen.
Mieterinnen und Mieter müssen immer mehr bezahlen. Gleichzeitig werden Eigentümerinnen und Eigentümer reicher, ohne selber zusätzliche Leistungen zu erbringen.
Die Politik trägt hier Verantwortung.
Ich frage mich, ob die bürgerliche Politik bewusst in Kauf nimmt, dass immer mehr Gutverdienende zuziehen.
Das geschieht auf Kosten eines grossen Teils der heutigen Bevölkerung.
Normalverdienende, die ihre Wohnung verlieren, finden in Wädenswil kaum mehr bezahlbaren Ersatz. Das gilt auch für langjährige Einwohnerinnen und Einwohner. Ältere Menschen können nicht in kleinere Wohnungen wechseln, weil sie keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden. Junge Erwachsene können kaum mehr in Wädenswil wohnen bleiben.
Unsere Bevölkerungszusammensetzung wird so immer unausgewogener. Der starke Wirtschaftsraum Zürich zieht viele gut ausgebildete Arbeitskräfte an. Der Kanton verlangt gleichzeitig von den Gemeinden weiteres Wachstum. Es wird zwar viel gebaut. Es entsteht jedoch fast ausschliesslich teurer Wohnraum.

Neue bezahlbare Wohnungen entstehen kaum. Gerade Baugenossenschaften könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten. Wir kämpfen gegen den stetigen Anstieg der Mietpreise. Wir wollen nicht tatenlos zusehen, wie eine Zweiklassengesellschaft entsteht.

Mit unserem Postulat wollen wir den Stadtrat auf seine Verantwortung hinweisen.
Er soll sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für bezahlbaren Wohnraum einsetzen.
Die Stadt braucht Instrumente, um handlungsfähig zu bleiben.
Zum Beispiel, um Land zu erwerben und dieses im Baurecht an Baugenossenschaften abzugeben. Unser Postulat zeigt dafür einen möglichen Weg auf. Einen Weg, der im Einklang mit dem kantonalen Recht steht. Die Stadt könnte damit ein wirksames Instrument gegen den weiteren Anstieg der Mietpreise erhalten. Die SP lädt alle Mitglieder des Gemeinderates ein, unser Postulat zu unterstützen und es an den Stadtrat zu überweisen.
Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.

Gibt es weitere Wortmeldungen?
Chris Tattersall:

Christoph Tattersall, SVP:
Herr Vizepräsident, geschätzte Anwesende.
Was wir in dieser Diskussion vergessen, ist, dass die Mietkosten – also die Wohnkosten – letztlich das Resultat von Angebot und Nachfrage sind. Das hat nichts anderes mit Angebot und Nachfrage zu tun. Wenn man die Wohnkosten stabil halten will, muss man entweder die Nachfrage stabil halten, also weniger Zuzug beziehungsweise weniger Migration zulassen, oder man muss mehr bauen. Praktisch müsste dann jeder in Zürich und in der Schweiz pro drei Personen eine zusätzliche Wohnung bauen. Das passiert aber nicht oder nicht genügend. Es gibt gleichzeitig keine Mehrheit für eine Verlangsamung der Migration.
Daher steigen die Preise, die Wohnkosten und die Mieten weiter. Das ist schlicht das Resultat dieser Entwicklung.

Ich stimme zu, dass es für Menschen mit tiefem Einkommen immer schwieriger wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das ist aber kein isoliertes Problem, sondern eine Folge dieser Entwicklung. Wenn niemand die Migration angehen will und gleichzeitig neue Bauprojekte verlangsamt werden, dann ist das Resultat zwangsläufig.

Ich habe geschlossen.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank, Chris.
Weitere Wortmeldungen?
Christof Wolfer hat das Wort.

Christof Wolfer, Stadtpräsident:
Geschätzter Herr Vizepräsident, liebe Anwesende
Keine Angst ich sage nichts über Wohnbaupolitik. Ich möchte nur eine kurze Bemerkung zur Aussage von Corinna Martinelli machen: sie hat direkt Martin Bislin und seine Partei angesprochen. Es ist so, dass wir im Stadtrat als Kollegialbehörde arbeiten, das heisst, er vertritt die Meinung des Stadtrates und nicht seine persönliche oder die seiner Partei. Dementsprechend empfehle ich, Anliegen an den Stadtrat auch an den Stadtrat zu richten und nicht an einzelne Stadtratsmitglieder, geschweige denn, an einzelne Parteien. Besten Dank.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Weitere Wortmeldungen?
Beat Lüthi

Beat Lüthi, FDP:
Ja ich möchte auch noch etwas ergänzen: ich glaube, einen wichtigen oder zwei wichtige Gründe, warum wir heute wenig Platz haben im Wohnungsmarkt: Ungefähr 2010 – ich weiss nicht mehr genau wann - wurde aufgrund Vorstösse von linker Seite, das Mietrecht vom Kanton Zürich geändert. Worauf Vermieter Preise erst nach Beendigung einer Mietlaufzeit die Preise ans quartierübliche Niveau anpassen durfte. Das hatte zur Folge, dass immer bei

Mieterwechseln eine effiziente Neuverteilung des Wohnraums stattgefunden hat. Und so eigentlich nie die Leute auf grossen Wohnungen gehockt sind.

Jetzt wissen wir genau was heute – wo wir dieses übertriebene Mietrecht haben - passiert, wo der Vermieter nicht einmal mehr bei einen Mieterwechsel gross anpassen darf. Das mit den stark steigenden Mieten stimmt eben nur für neue Wohnungen. Die Preise der Bestandeswohnungen steigen nämlich gar nicht stark.

Der zweite Punkt ist, das Raumplanungsgesetz. Es wurde vor etwa zwölf Jahren massiv verschärft, man hat das Bauen massiv eingeschränkt. Es ist logisch, dass das auf das bestehende Angebot einen negativen Effekt hatte. In Summe ist es das, was Chris gesagt hat; es ist eine Frage von Angebot und Nachfrage. Wenn wir versuchen, dies auszuhebeln schaffen wir pro zehn Glücklichen, zehn Unglückliche.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Gibt es noch weitere Wortmeldungen?
Andreas Jörger

Andreas Jörger, GLP:
Geschätzter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende.
Auch die GLP/EVP-Fraktion anerkennt, dass das Problem des bezahlbaren Wohnraums besteht. Wir sehen ebenfalls, dass die soziale Durchmischung zunehmend unter Druck gerät. Trotzdem lehnen wir die Überweisung des Postulats zur Schaffung eines Fonds zur Förderung des gemeinnützigen Wohnraums ab.

Aus unserer Sicht gibt es wirkungsvollere Instrumente.
Die GLP hat sich auch auf kantonaler Ebene differenziert zu den verschiedenen aktuell diskutierten Massnahmen geäussert beziehungsweise wird dies im Rahmen der bevorstehenden Abstimmungen noch tun. Wir werden uns zu gegebener Zeit auch auf Gemeindeebene wieder zu diesen Themen äussern. Aus unserer Sicht müsste die Stadt sehr massiv in den Markt eingreifen, damit Normalverdienende tatsächlich profitieren würden. Dafür fehlen der Stadt Wädenswil jedoch schlicht die finanziellen Mittel. Selbst wenn ein solcher Fonds geschaffen würde, könnten letztlich nur sehr wenige Personen davon profitieren. Der Aufwand wäre hingegen enorm. Darum können wir das Postulat nicht unterstützen.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank.
Gibt es noch weitere Wortmeldungen?
Charlotte Bär.

Charlotte Bär, SVP:
Herr Vizepräsident, liebe Frauen und Männer
Ich möchte noch kurz an das Votum von Chris Tattersall anschliessen.
Aus der Sicht der SVP wäre die Nachhaltigkeitsinitiative eine Massnahme, gewesen dieses Problem zu entschärfen.

Als Vertreterin des Mittelstandes sehe ich dieses Problem ebenfalls. Das ist unbestritten. Als Vertreterin des Mittelstandes weiss ich, wie schwierig es geworden ist, eine Wohnung zu finden. Wir haben aber bereits gesehen, dass die letzten beiden Wohninitiativen zwar abgelehnt wurden, die Gegenvorschläge jedoch angenommen worden sind. Jetzt liegt zusätzlich noch eine Initiative der SP vor. Ich glaube deshalb, dass momentan genügend politische Vorstösse vorhanden sind, um dieses Problem anzugehen. Ich sehe deshalb zum heutigen Zeitpunkt keinen Grund, dieses Postulat zusätzlich zu überweisen.

Die Problematik besteht selbstverständlich. Sie wird im Zusammenhang mit den laufenden Initiativen und den Entwicklungen auf kantonaler Ebene ohnehin weiter behandelt werden. Ich hoffe, dass sich daraus tragfähige Lösungen ergeben.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Besten Dank, Charlotte.
Gibt es weitere Wortmeldungen?
Scheint nicht so.

Demnach kommen wir zur **Abstimmung**.
Wer sich **dem Antrag des Stadtrates anschliesst**, also das Postulat **nicht überweisen** will, soll dies durch Handerheben anzeigen.
Gegenstimmen?
Enthaltungen?
Damit lehnt der Gemeinderat die Überweisung des Postulats betreffend Schaffung eines Fonds zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnraums mehrheitlich ab.

Ich sehe, dass wir versuchen müssen, einen Durchzug zu schaffen. Bitte öffnen Sie die Türen und Fenster, damit etwas Luft hereinkommt.

0.5.4

6. Postulat zum Gemeinschaftsraum in der Au; Bericht und Antrag auf Abschreibung

Das Wort hat Stadtrat Finanzen, Martin Bislin

Christof Wolfer (Stadtratspräsident):
Herr Vizepräsident, liebe Anwesende. Das Postulat betrifft verschiedene Abteilungen: Finanzen und Immobilien, aber auch der Abteilung Gesellschaft, weshalb ich im Namen des Stadtrates dieses Geschäft beantworten darf. Ich möchte den schriftlichen Bericht nicht wiederholen, sondern die wichtigsten Punkte hervorheben.

Der Stadtrat unterstützt Treffpunkte und Begegnungsorte für Vereine und die Bevölkerung. Das bedeutet konkret zwei Dinge:

Erstens versuchen wir bereits heute unsere eigenen Liegenschaften im Sinne einer Doppelnutzung zur Verfügung zu stellen.

Zweitens koordinieren wir bei Bedarf auch die Nutzung privater Liegenschaften. Wir gehen davon aus, dass unsere Vereine und auch die Bevölkerung in Au gut vernetzt sind, sodass der Stadtrat hier nicht zu stark eingreifen muss. Wenn Unterstützung nötig ist, leisten wir diese selbstverständlich. Weiter hat die Soziokultur im Rahmen eines Quartierprojektes einen monatlichen Au Begegnungstreff aufgebaut. Das ist ein Quartiertreff, welcher monatlich stattfindet. Dieser findet in einer privaten Liegenschaft statt, die im Sinne einer Doppelnutzung verwendet wird. Das Angebot funktioniert bis heute sehr gut und wird rege genutzt. Was will der Stadtrat hingegen nicht? Der Stadtrat will weder ein Restaurant noch ein Café als Treffpunkt selber betreiben. Der Stadtrat will auch keine neuen Räumlichkeiten ausschliesslich für diesen Zweck erstellen.

Die Beispiele Wädenswil und Schönenberg zeigen, dass solche Räume finanziell sehr aufwendig sind und oftmals nur wenig genutzt werden. Zudem sind die Bewohnerinnen und Bewohner von Au erlaubt, die Treffpunkte in Wädenswil und Schönenberg mit zu benutzen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Wir unterstützen Initiativen beim Start und helfen mit, dass sie ins Laufen kommen. Danach liegt es in der Verantwortung der Vereine und der Bevölkerung, diese Angebote weiterzuführen. Weitere Details finden Sie in der schriftlichen Begründung.

Der Stadtrat beantragt Ihnen deshalb, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Das Wort hat Joël Utiger.

Joël Utiger, Die Mitte:
Geschätzter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen beider Räte, liebe Gäste. Ich werde mich kurzhalten.

Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung und die Bearbeitung unseres Postulats. Uns ist bewusst, dass der Stadtrat nicht von heute auf morgen einen Gemeinschaftsraum herbeizaubern kann. Umso wichtiger ist es, dass man bei neuen Projekten frühzeitig mit den Eigentümerinnen und Projektleiterinnen das Gespräch sucht. Das ist beim Aupark leider verpasst worden.

Für einen kleinen Verein, der neu entstanden ist und einen kleineren Vereinsanlass organisieren möchte, ist es oftmals kaum möglich, jeweils 100 bis 150 Franken beispielsweise für einen Raum im Vorder-Au zu bezahlen. Wir hoffen deshalb sehr, dass sich der Stadtrat weiterhin für eine gute Lösung rund um die Liegenschaft beim Schützenhaus einsetzt. Dort besteht grosses Potenzial, einerseits einen Mehrwert für das Quartier zu schaffen und andererseits – wie wir heute bereits diskutiert haben – auch bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen.

An dieser Stelle bedanken wir uns ausdrücklich für das Engagement der Soziokultur und ihre wertvolle Arbeit zugunsten der Quartiere.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Geschäft?

Das ist nicht der Fall.

Abstimmung:
Wer für die Abschreibung des Postulats zum Gemeinschaftsraum in der Au ist, soll die durch Handerheben bezeugen.

Damit gilt das Postulat als erledigt und wird abgeschrieben.

1.1.0
7. Einbürgerungsgeschäfte

Das Wort für die Bürgerrechtskommission hat Stefan Füchslin.

Stefan Füchslin, Präsident Bürgerrechtskommission:
Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aus beiden Räten, liebe Gäste und liebe Einbürgerungskandidatinnen und Einbürgerungskandidaten.
Die Bürgerrechtskommission hat die vorliegenden Gesuche geprüft und empfiehlt dem Gemeinderat, allen Kandidatinnen und Kandidaten das Wädenswiler Gemeindebürgerrecht zu erteilen.

Abstimmung über die Einbürgerungsgesuche
Gegen die von der Bürgerrechtskommission beantragten Einbürgerungen gibt es keine Wortmeldungen und Gegenanträge. Es wird einzeln über die Einbürgerungen abgestimmt und den Kandidatinnen und Kandidaten unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt.

Marco Kronauer, Vizepräsident:
Geschätzte Neu-Wädenswilerinnen und Wädenswiler

Unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton haben Sie mit der Zustimmung durch den Gemeinderat heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben. Herzliche Gratulation.

Machen Sie doch bitte Gebrauch von Ihren neuen Rechten und beteiligen Sie sich am politischen Geschehen in Wädenswil.

Der Stadtrat führt zwei Mal pro Jahr einen Neubürger- und Neuzuzügeranlass durch. Dazu sind Sie herzlich eingeladen. Sie werden in absehbarer Zeit entsprechende Post erhalten.

Die eingebürgerten Personen sollen nach der Sitzung noch kurz nach vorne an den Tisch kommen. Ihnen wird ein kleines Präsent überreicht.

***

Gibt es gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte Einwände?

***

Dann schliesse ich die Sitzung.

Präsident klingelt.

***

Melanie Alder, Ratssekretär-Stv.